DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

CHRIS GOSSMANN/DPA

Topquelle

Vom LKA NRW gelobt, vom BKA »kaputtgeschrieben«: »Murat Cem« war fast 20 Jahre V-Mann und warnte vergeblich vor dem mutmaßlichen Haupttäter des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016. Von Claudia Wangerin

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **DIENSTAG, 7. APRIL 2020, NR. 83** · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Leichen auf Straße
In Ecuador trifft die Viruspandemie auf ein kaputtes Gesundheitssystem – mit tödlichen Folgen **3**

Zuschuss für Schiene
Coronakrise: Lokführergewerkschaft fordert Tarifvertrag zu Kurzarbeit und Kündigungsschutz **5**

Konflikt um Ressourcen
China nutzt zunehmend eigene Ressourcen. Deutsche Rohstoffagentur sieht bereits Engpässe **9**

Betten statt Bajonette
Frankreich: Starker Sozialstaat und Rücknahme von Notstandsgesetzen nach Krise gefordert **15**

ELIAS MARCOU/REUTERS

Schutzlos ausgeliefert

Lage der Kinder in griechischen Flüchtlingslagern verschlimmert sich. Bürgermeister vor Ort schlagen Alarm.

Von Hansgeorg Hermann

Ein Mädchen mit Atemschutzmaske in der Nähe des Flüchtlingslagers Moria auf der Insel Lesbos (2.4.2020)

Während die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen mauern, verschlimmert sich die Lage der Kinder in den griechischen Flüchtlingslagern weiter. Leonidas Spyrou, Bürgermeister der Gemeinde Promachonas im Nordosten des Landes, ging in der vergangenen Woche mit harscher Kritik an die Öffentlichkeit: Die rechte Regierung des Premiers Kyriakos Mitsotakis habe seit Mitte März rund 600 Flüchtlinge von den Inseln Lesbos und Chios in ein Lager in der Nähe seines Dorfes gebracht – »in eine Gegend, wo wir nicht einmal unser Vieh halten, niemand kann dort leben«.

Die Lage verschärfte sich am Wochenende erneut, nachdem die Einwanderungsbehörde nach Moria auf Lesbos ein zweites Camp in Malakasa nahe der Hauptstadt Athen abgeriegelt hatte. Ein 53jähriger Mann aus Afghanistan war dort positiv auf das Coronavirus SARS-CoV-2 getestet worden.

Gegenüber der linken Zeitung *I Avgi* sagte Spyrou, unter den Ausgesetzten seien rund 50 Kinder und ein Säugling. Sein Appell an die Parlamentsabgeordneten der Region sei unbeantwortet geblieben, klagte der Bürgermeister.

Wie Rundfunk- und Fernsehstationen in Athen seit Tagen berichten, hätten Mitsotakis und sein Migrationsminister Panagiotis Mitarakis wiederholt versichert, dass das griechische Asylgesetz nach wie vor in Geltung sei. Allerdings hatte der Regierungschef das Recht auf Asyl Anfang März »für zunächst einen Monat« ausgesetzt und den wenigen als Asylbewerber akzeptierten Flüchtlingen die Unterstützung aus dem Staatshaushalt gestrichen. Der Aufschrei der Kommunalpolitiker auf den Kykladeninseln und in den Regionen am Grenzfluss Evros (türkisch Meric) ließ Mitsotakis weitgehend unbeeindruckt. Den internationalen Hilfsorganisationen und der linken Parlamentsopposition richtete sein Minister Mitarakis aus: »Wer Asyl erhält, ist anschließend für sich selbst verantwortlich.«

Ein Großteil der schätzungsweise 5.000 Kinder und Jugendlichen – 1.200 allein im Lager Moria auf Lesbos – ist nach Angaben der »Ärzte ohne Grenzen« zudem »akut suizidgefährdet«. Der Präsident der Organisation, Christos Christou, schilderte der Pariser Kulturzeitschrift *Les Inrockuptibles*, wie in den vergangenen Monaten Kinder versucht hätten, »ihrem Leben ein Ende zu setzen«. In dem Interview sagte er: »Diese Kinder haben den stummen Blick von Menschen, die jegliches Interesse am Leben verloren haben.« Christou hatte die Lager auf den Inseln im vergangenen Sommer besucht und war, wie er es gegenüber den Pariser Journalisten ausdrückte, »schockiert von der Ohnmacht meiner Kollegen und den unmenschlichen Bedingungen, die in den Camps herrschen«.

Die Hilferufe der betroffenen Mediziner, ihrer Patienten und der vor Ort kämpfenden Bürgermeister und Kommunalpolitiker scheinen inzwischen zumindest bei einigen wenigen Abgeordneten des deutschen Bundestags und der Parlamente verschiedener EU-Mitgliedstaaten angekommen zu sein. Ob die Evakuierung der Kinder aber stattfinden wird, ist fraglich.

I Avgi kritisierte unterdessen den »fortgesetzten Rechtsbruch« Athens. Die oppositionelle Zeitung spielte damit nicht nur auf die völkerrechtswidrige Asylregelung an, sondern auch auf die regelmäßigen, von Mitsotakis offenbar geduldeten »Push-Backs«, wie das gewaltsame Zurücktreiben oder Verschleppen der aus der Türkei ankommenden Kriegsflüchtlinge genannt wird.

■ Siehe Seite 4

Polens Regierung scheitert mit Plan für Wahl

Warschau. Polens Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat im Streit über den Termin der Präsidentenwahl eine Niederlage im Parlament hinnehmen müssen. Die PiS verfehlte am Montag die notwendige Mehrheit für ihren Plan, das Votum per Briefwahl abzuhalten und so trotz der Pandemie am 10. Mai als Termin festzuhalten. Das Abstimmungsergebnis deutete auf Risse in der konservativen Koalition hin, die Polen unter der Führung der PiS seit 2015 regiert. Zuvor hatte schon der Chef der kleineren Koalitionspartei Porozumienie (Verständigung), Vizeregierungschef Jaroslaw Gowin, wegen des Terminstreits seinen Rücktritt verkündet. Seine Partei bleibe aber im Regierungsbündnis, sagte er. Gowins Rücktritt ist die bisher größte Belastung für die Koalition. Bei einem Ausstieg von Porozumienie hätte die PiS-Koalition keine Mehrheit mehr. (Reuters/jW)

68 Menschen vor Libyen von »Alan Kurdi« gerettet

REUTERS/DARRIN ZAMMIT LUPI

Rom. Das Rettungsschiff »Alan Kurdi« hat vor der Küste Libyens 68 Menschen aufgenommen. Der Alarmruf sei am Montag eingegangen, erklärte die Hilfsorganisation »Sea-Eye«. Sie betreibt das Rettungsschiff. Die Menschen hätten in einem Holzboot ohne Rettungswesten gesessen. Ein libysch beflaggtes Schiff hätte die Rettung behindert, von dort seien auch Schüsse abgeben worden, worauf Menschen ins Wasser gesprungen seien. Die »Alan Kurdi« müsste nun einen sicheren Hafen anlaufen, sagte »Sea-Eye«-Sprecher Gorden Isler der *Deutschen Presseagentur*.

Die Crew sei auf die Coronakrise gut vorbereitet, betonte er. Das Team sei bereits zwei Wochen zusammengewesen und zeige keine Symptome. Allerdings könnte man keine Tests an Bord machen. Die »Alan Kurdi« ist derzeit das einzige private Rettungsschiff vor Libyen. (dpa/jW)

Spaltung doch nicht erwünscht

AfD-Chef Meuthen rudert zurück. »Einheit der Partei« beschworen

AfD-Chef Jörg Meuthen hat versprochen, die von ihm losgetretene Debatte über eine mögliche Aufspaltung der Partei in einen »sozialpatriotischen« und einen »freiheitlich-konservativen« Flügel zu beenden. In einem Beschluss, den der Bundesvorstand der Partei am Montag in einer Telefonkonferenz einstimmig fällte, heißt es, Meuthen habe eingeräumt, er habe mit derartigen Äußerungen in seinem Interview vergangene Woche »einen großen Fehler begangen«. Der Vorsitzende wolle »die Diskussion nicht weiterführen«. Der Bundesvorstand begrüßte »diese Klarstellung« und bejahte »die Einheit der Partei«.

Derweil hat der Vorsitzende der AfD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, Uwe Junge, das Ende seiner Politkarriere angekündigt. Auch aus gesundheitlichen Gründen habe er sich entschlossen, nicht mehr für den Landtag in Mainz zu kandidieren, hieß es in einer Mitteilung der Fraktion vom Sonntag abend. Nach Ablauf dieser Legislaturperiode 2021 werde er in den Ruhestand gehen, kündigte der 62jährige Oberstleutnant a. D. an. In Rheinland-Pfalz wird am 14. März kommenden Jahres ein neuer Landtag gewählt. Junge war 2015 Vorsitzender der rheinland-pfälzischen AfD geworden und dies bis November 2019 geblieben. Er hatte sich zwar mehrfach von Björn Höcke, dem Thüringer AfD-Partei- und Fraktionschef und Wortführer des rechtsnationalen »Flügels«, distanziert, ist aber selbst für die Äußerung bekannt, er wolle »alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen«, wie er Ende 2017 auf Twitter schrieb.

Trotz der bundesweit geltenden Kontakteinschränkungen wollen sich an diesem Dienstag mehrere Dutzend AfD-Politiker zu einer Sonderfraktionssitzung im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestags treffen. In einem großen Anhörungssaal könne der Mindestabstand von 1,5 Metern zum Infektionsschutz zwischen den 60 angemeldeten Abgeordneten eingehalten werden, sagte AfD-Fraktionssprecher Christian Lüth am Montag der *Deutschen Presseagentur*. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.267 Genossinnen und Genossen (Stand 17.3.2020)
■ www.jungewelt.de/lpg

4 198625 901805 20015